

## Karoline Helbig

### »Praktiken der Selbstbestimmung. Zwischen subjektivem Anspruch und institutionellem Funktionserfordernis«

Am 6. und 7. März 2015 fand im Jenaer Auditorium »Zur Rosen« der Workshop »Praktiken der Selbstbestimmung – Zwischen subjektivem Anspruch und institutionellem Funktionserfordernis« statt. Hier sollten erstmalig drei aktuell unter der Leitung von Hartmut Rosa am Lehrstuhl für allgemeine und theoretische Soziologie des Instituts für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena durchgeführte Drittmittelprojekte thematisch zusammengeführt und diskutiert werden. Organisation und Durchführung der Veranstaltung oblagen Ulf Bohmann, Stefanie Börner, Diana Lindner, Jörg Oberthür und André Stiegler. Gefördert wurde sie durch die Fritz-Thyssen-Stiftung. Etwa 40 Studierende, PromovendInnen, Postdocs und ProfessorInnen aus unterschiedlichen Hochschulen und Fachrichtungen – jedoch mit deutlich soziologischem Schwerpunkt – beteiligten sich.

#### Idee und Rahmenkonzept

Die multiplen Inanspruchnahmen eines selbstverantwortlichen, sich und seine Praxis reflektierenden und »optimierenden« Subjekts sowie die Folgen seiner Überforderung gehören zu den sozialwissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten der letzten Jahre. Dabei ist insbesondere aus der gesellschaftstheoretischen Perspektive interessant, auf welche Weise Handlungspraxis und institutioneller Kontext diesbezüglich ineinandergreifen: Die Anforderungen an die Autonomie der Subjekte steigen, während gleichzeitig die Einbindung in Institutionen für sie ein entscheidender Sozialisationsfaktor bleibt. Daher sollten während des Workshops folgende Zusammenhänge in der Blick genommen werden: Die Veränderung der Beziehung zwischen institutionellen Handlungsanforderungen und subjektiven Handlungsansprüchen, die Konflikte, Spannungen und Krisen dieser Veränderungsprozesse sowie ihre Bearbeitung in Organisationen. Diese Zusammenhänge prägen den Rahmen, in dem sich individuelle wie kollektive Praktiken der

Selbstbestimmung bewegen. Von besonderem Interesse war diesbezüglich die vertiefende Analyse für die Felder Arbeit & Wohlfahrt, Demokratie & Öffentlichkeit sowie Wissenschaft & Bildung, die nach wie vor als Basisinstitutionen (nach Wolfgang Zapf) und mithin als gesellschaftstheoretisch paradigmatisch gelten können.

Die Beiträge der ReferentInnen orientierten sich an drei Leitfragen:

1) Welche spezifischen Beziehungsmuster zwischen subjektiven Handlungsansprüchen und institutionellen Funktionserfordernissen können sichtbar gemacht werden und welche Folgen haben diese für die Funktionsfähigkeit moderner Basisinstitutionen?

2) Anhand welcher Kriterien kann gegebenenfalls eine gesellschaftstheoretische »Diagnose« formuliert werden und inwiefern lassen sich diese Kriterien methodologisch begründen? Wie kann von einer subjektivistischen bzw. an der spezifischen Handlungspraxis ansetzenden Perspektive die Verbindung zu (vermeintlich) »gesellschaftlichen« Problemlagen hergestellt werden?

3) Wie lassen sich institutionelle oder organisatorische Routinen von chronischen Funktionsstörungen plausibel unterscheiden und welchen analytischen Gewinn ermöglicht die Verwendung verschiedener Krisenbegriffe?

#### Auftakt

Hartmut Rosa (Jena) und die OrganisatorInnen eröffneten den Workshop, indem sie zunächst die Grundidee der Veranstaltung darlegten und schließlich die einzelnen Forschungsprojekte vorstellten. Rosa wies zunächst auf das Forschungszentrum »Laboratorium Aufklärung« der FSU Jena hin. Ein Ergebnis dieser interdisziplinären Kooperation sei die Erkenntnis, wie sehr auch aus historisch-vergleichender Perspektive jedes Individuum seine Selbstbestimmung als wichtig erachte und verteidige. Gleichzeitig werde die Fähigkeit zur Autonomie nicht nur normativ, sondern zunehmend auch institutionell erforderlich. Rosa warf darüber hinaus die Frage auf, wie man nicht nur selbst, sondern auch »richtig« und »vernünftig« bestimmen kann und schlug damit die Brücke zum Begriff der Authentizität.

Das oben skizzierte methodologische Rahmenkonzept und die Leitfragen des Workshops wurden anschließend von Jörg Oberthür (Jena) dargelegt. Damit wurde zugleich der Boden für

die Kurzvorstellung der drei Forschungsprojekte der OrganisatorInnen bereitet:

Diana Lindner (Jena) präsentierte das von ihr bearbeitete Forschungsprojekt »Aporien der Perfektionierung in der beschleunigten Moderne. Gegenwärtiger kultureller Wandel von Selbstentwürfen, Beziehungsgestaltungen und Körperpraktiken«. Sie ging insbesondere auf den in Jena erforschten Teilbereich der Optimierung ein. Dabei werden die in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen gestellten Optimierungsanforderungen an Individuen untersucht, die oft auf weitere Bereiche übergreifen und zudem widersprüchlich sind. Dies verlange den Individuen eine erhöhte Flexibilisierung ab.

André Stiegler (Jena) stellte seine Arbeit im Projekt »Handlungsautonomie in der Spätmoderne – subjektiver Anspruch, institutionelle Basis und strukturelle Dynamik einer normativen Leitidee« vor. Er untersucht die Veränderungen der Ansprüche an Individuen und deren Realisierungschancen, sowie die institutionellen Folgen in den verschiedenen Basisinstitutionen. Dabei geht er auch auf feldspezifische Facetten des Autonomiekonzepts und potentielle Störungsquellen ein.

Schließlich erläuterte Ulf Bohmann (Jena) seine Forschung im Projekt »Desynchronisierte Gesellschaft? Politische Herausforderungen an den Schnittstellen des Sozialen«. Untersucht wird dabei die Eigenzeit im Bereich Politik und das Verhältnis zu den angrenzenden Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Natur am Beispiel von an diesen Schnittstellen agierenden Hybridorganisationen. Am Ende steht die Frage danach, inwieweit die Politik (zeitlich) fähig ist, koordinierend und gestaltend in gesellschaftliche Prozesse einzugreifen.

## Block I: Arbeit & Wohlfahrt

Der erste Themenblock war unter der Moderation von Stefanie Börner mit Selbstbestimmung im Kontext von »Arbeit & Wohlfahrt« befasst. Zum Einstieg präsentierte Claudia Globisch (Innsbruck) ihre Überlegungen zum Thema »Autonomieansprüche und Handlungsspielräume von Langzeitarbeitslosen«. Sie berichtete über diesbezügliche Entwicklungen in Deutschland und Österreich nach dem Rollenwandel des Staates vom »Versorger« zum »Aktivierer« im Zuge der sozialpolitischen Reformen beider Länder:

Es habe sich ein Spannungsverhältnis zwischen den erhöhten Autonomieansprüchen des Staates an das Individuum auf der einen Seite und den durch entsprechende Regulierungen (Sanktionen, Anreize etc.) verursachten Knappheiten auf der anderen entwickelt. Dieser Widerspruch führe letztlich krisenhaft zum Reziprozitäts- und Autonomieverlust der TransferleistungsempfängerInnen innerhalb der Gesellschaft.

Friedericke Hardering (Frankfurt a.M.) referierte zum Thema »Sinnvolle Arbeit unter Druck? Markterfordernisse, Organisationslogiken und die Verteidigung professioneller Handlungsautonomie im Gesundheitssektor«. Sie erläuterte ihre Forschung über die veränderte Arbeitswelt von leitenden ÄrztInnen im sich wandelnden Gesundheitssystem. Die zunehmende Ökonomisierung und der Dokumentationszwang etwa führten zu Zeitdruck und ethischen Konflikten, mit dem die ÄrztInnen unterschiedlich umgingen (Variation der Arbeitszeit, Mitarbeit in Gremien und Interessensverbänden etc.). Ihre hohe Position ermögliche es ihnen dabei, durch veränderte Aufgaben- und Arbeitszeitgestaltung ihre Arbeit zumindest bedingt ihren persönlichen Wertvorstellungen anzupassen.

In der anschließenden Diskussion wurde auf die beiden vorangestellten Vorträge eingegangen. Dabei wurde für beide Forschungsprojekte debattiert, inwiefern unterschiedliche kollidierende Ansprüche an Subjekte zu deren Autonomieverlust führen. Die Ausführungen Globischs betreffend, wurde darüber hinaus unter anderem die Erhebungsmethoden erörtert, insbesondere, ob der dabei erhobene Autonomieverlust und -spielraum der empfundene oder der tatsächliche ist. Darüber hinaus wurde genauer auf die temporale Seite des Autonomieverlusts eingegangen, namentlich die zunehmende Zeitknappheit und den gleichzeitig schrumpfenden Zeithorizont. Schließlich wurden Möglichkeiten zum Ausstieg aus dem Spannungsverhältnis zwischen Ansprüchen und Knappheiten debattiert, etwa die strategische Nutzung der Transferleistungen oder die Auffassung des Problems als Herausforderung. Bezüglich des Vortrags von Hardering wurde unter anderem diskutiert, welche Möglichkeiten ÄrztInnen haben, sich Autonomiespielräume zu erkämpfen – insbesondere im Kontext verschiedener Formen der Ökonomisierung im Gesundheitswesen. Zudem wurden mit Blick auf soziale

Berufe die Vorteile des Sinnbegriffs gegenüber dem Resonanzbegriff besprochen, wie ihn Hartmut Rosa vertritt.

## Block II: Demokratie und Öffentlichkeit

Die Moderation des zweiten Themenblocks zur Selbstbestimmung in »Demokratie und Öffentlichkeit« übernahm Ulf Bohmann. Eingeleitet wurde das Thema durch den Vortrag von Henning Laux (Bremen) über »Desynchronisationsphänomene in politischen Hybridorganisationen«. Er definierte zunächst den Begriff Hybridorganisation als Schnittstelle zwischen mindestens zwei sozialen Systemen, an der sachliche, soziale und zeitliche Differenzen zusammenwirken. Insbesondere ging er auf den Deutschen Ethikrat als Hybridorganisation zwischen Politik und Wissenschaft ein, erläuterte dessen Aufgabe und die damit verbundenen Herausforderungen, wie etwa Defizite bezüglich Öffentlichkeit, Macht, Anerkennung und Synchronisation. Seine Ausführungen stützte er auf Material aus dem aktuell in der Erhebungsphase befindlichen Forschungsprojekt »Desynchronisierte Gesellschaft? Politische Herausforderungen an den Schnittstellen des Sozialen«.

In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem erneut auf den Begriff der Hybridorganisation eingegangen, inwieweit er allgemein definiert verwendet werden kann und ob theoretische Abstufungen von Hybridität möglich sind. Zudem wurden Effekte der Positionsbesetzung innerhalb solcher Organisationen diskutiert, insbesondere die mögliche neuerliche Bildung von Polen innerhalb der Organisation entsprechend der miteinander verbundenen Felder. Schließlich wurde die Frage aufgeworfen, welche Bedeutung der Einfluss der Organisation in den jeweiligen Feldern auf die Synchronisationsnotwendigkeit zwischen den Feldern hat, wie dieser Einfluss messbar ist und ob die Organisation so als Stabilisator zwischen den Feldern dienen kann. Bezüglich des Deutschen Ethikrates wurde seine mögliche latente Funktion als Sammelstelle für solche Probleme diskutiert, die im Zeitregime der Politik nicht lösbar sind.

Jennifer Brichzin (München) referierte zum Thema »Demokratie bewältigen. Parlamentarier\_innen und ihr Umgang mit den Überforderungslagen des politischen Alltags«. Sie berichtete von ihren Forschungen zu den normativen, inhaltli-

chen und zeitlichen Anforderungen, die an die demokratische Politik gestellt werden, und zum Umgang von ParlamentarierInnen auf verschiedenen Ebenen mit diesen Anforderungen. Die Referentin legte dar, dass die Lebenswelt der ParlamentarierInnen als Folge der spezifischen Bewältigungsanforderungen der parlamentarischen Tätigkeit drastisch von der alltäglichen Lebenswelt divergiert. Dies betreffe die handlungsleitende Relevanzordnung, die Inhaltsordnung sowie die Interaktionsordnung ihres Handelns. So würde etwa die tägliche Vielzahl zu bearbeitender politischer Themen je nach öffentlicher Aufmerksamkeit mit unterschiedlichen Themenabfertigungsroutinen behandelt.

In der darauf aufbauenden Diskussion wurde zunächst vermutet, dass mithilfe dieses Materials die Rational-Choice-Theorie widerlegbar sei, da für die ParlamentarierInnen der materielle Nutzen keinesfalls den Aufwand rechtfertige, sondern im Feld Politik das Prinzip der Hyperinklusion herrsche. Zudem wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass in der Regel nur die von Parteien als resonant empfundenen Themen konfliktreich im Parlament diskutiert würden. Dabei helfe der informelle Austausch mit anderen Parteimitgliedern, die Komplexität zu reduzieren. Weniger öffentlichkeitswirksame Themen würden häufig in kleineren Gremien verhandelt, wo die Parteigrenzen nicht so scharf und Kompromisse leichter zu erzielen seien. Des Weiteren wurde bemerkt, dass sich die Bezugspersonen und Themen auf den unterschiedlichen politischen Ebenen unterscheiden.

Claudia Ritz (Hamburg) sprach schließlich über die »Postdemokratisierung der Öffentlichkeit«. Sie warf die Frage auf, warum – trotz unauffälliger empirischer Daten zur Demokratiequalität – zahlreiche Autoren (u.a. Crouch, Wolin, Rancière) von der Postdemokratisierung der Gesellschaft sprechen. Als Merkmale der Postdemokratisierung gelten dabei der zunehmende Einfluss nicht demokratisch legitimer ExpertInnen, starke Ökonomisierungstendenzen, die neoliberale Hegemonie in der Politik und der rückläufige politische Dissens ohne gleichzeitigen politisch-institutionellen Wandel. Die Referentin stellte ein diskursanalytisches Modell vor, mit dem diese Entwicklungen messbar gemacht werden können. Diesem liegt die These zugrunde, dass die Entwicklungen mit einem Strukturwan-

del der politischen Öffentlichkeit bezüglich Gleichheit, thematischer Offenheit und Diskursivität einhergehen müssen. Ergebnisse der Forschung zu den Entwicklungen der letzten 30 Jahre mithilfe dieses Modells wurden vorgestellt.

Die Diskussion wurde dadurch eingeleitet, die Gültigkeit des Begriffs »Postdemokratie« für die beschriebenen Prozesse ob seiner Irreversibilität infrage zu stellen. Zudem wurden unter anderem Herausforderungen einer Diskursanalyse der Medien durch deren eigentümliche Doppelrolle besprochen: mit ihrer Hilfe werden Entwicklungen gemessen, während sie selbst Veränderungen unterliegen. Darüber hinaus wurde angemerkt, dass neben der sinkenden Wahlbeteiligung auch eine Wiederbelebung des konflikthaften Diskurses zu beobachten ist, zum Beispiel in Form von – zumeist radikalen – Protestbewegungen wie Occupy oder Pegida.

### Block III: Wissenschaft & Bildung

Der dritte Themenblock schloss sich am 7. März 2015 an. Unter der Moderation von Diana Lindner ging es um Selbstbestimmung im Zusammenhang mit »Wissenschaft & Bildung«. Uwe Schimank (Bremen) stellte zunächst sein aktuelles Forschungsprojekt »Leistungsbewertung als Identitätsbedrohung. Wie Professor\_innen Evaluationen erfahren« vor. Untersucht wird dabei der Einfluss von Governance und Evaluation nach den Hochschulformen auf das Identitätsempfinden von ProfessorInnen verschiedener Fachrichtungen. Diese konstatierten oftmals ein Auseinanderdriften des seit den Reformen strukturell Geforderten und den fachlichen Anforderungen der Wissenschaft. In der Kritik seien die inadäquaten Bewertungskriterien sowie die Inkompetenz und das Desinteresse der Beurteilenden. Dies führe auf der einen Seite zu erheblichem zusätzlichem Zeitaufwand, um den Kriterien zu entsprechen, und auf der anderen Seite zu Minderwertigkeitsgefühlen, wenn der eigentliche wissenschaftliche Betrieb diesen Zeitaufwand nicht ermöglichen. Das Ausmaß dieser Diskrepanz variere je nach Fachrichtung.

In der anschließenden Diskussion wurde zunächst auf die Entwicklung von lokaler und überlokaler Konkurrenz in diesem Zusammenhang hingewiesen: während erstere möglichst eingegrenzt werde, nehme letztere seit den Reformen zu. Des Weiteren wurde unter anderem die Frage

nach der Schwelle zwischen Kritik am System und tatsächlicher Identitätsbedrohung aufgeworfen. Das Befremden gegenüber Inkompetenz und Desinteresse von Beurteilern etwa ließe sich durch den Begriff der Entfremdung besser beschreiben. Zudem wurde angeregt, die Reformen auch im Lichte der Bildungsöffnung zu betrachten. Methodisch wurde angemerkt, dass bei der Analyse zwischen dem »ob« und dem »wie« der Evaluation unterschieden werden müsse. Weiterführend könnten Selbstbehauptung und Autonomie als neues Forschungsfeld über die Ebenen der Individuen, der Organisationen und des Feldes (der zugehörigen »community«) erschlossen werden.

Zum Thema Wissenschaft und Autonomie referierte Stefan Bösch (Karlsruhe). Er legte zunächst den neueren Wandel der Wissenschaft dar, ihre zunehmende Entgrenzung im Sinne von Politisierung, Medialisierung und Ökonomisierung. Damit gingen veränderte Anforderungen an die Wissenschaft einher und führten zu veränderten Praktiken. Letztere legte der Referent am Beispiel seiner aktuellen Forschung zur zivilgesellschaftlichen Partizipation in der Forschung dar. Dort ließe sich beobachten, dass die Selektionskriterien für die Forschungsobjekte je nach Art der Kooperation und der dominanten Partei im Projekt variierten. Möglichkeiten der weiterführenden Forschung bestünden im Bereich von Bourdieus Überlegungen zu autonomen und heteronomen Feldern, in der Unterscheidung zwischen diskursiver, institutioneller und praktischer Ebene des Wissens sowie in Bezug auf Strukturprinzipien, -komplexe, und -momente.

In der Diskussion zum Thema wurde anschließend unter anderem feldtheoretisch gefragt, wie die Grenzen zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu ziehen seien. Hier müssten die Grenzregime untersucht und die theoretisch konstruierten Beziehungen zwischen Feld und Handlungsaufforderung gelockert werden. Darüber hinaus wurden erneut verschiedene Formen destruktiver Beziehungen und Handlungsmuster der Wissenschaft mit anderen Feldern aufgegriffen und erörtert. Zusätzliches Material zum Thema finde sich laut Referent in den Evaluationsberichten des Wissenschaftsrates zur Ressortforschung.

Im letzten Referat des Workshops beschäftigten sich Lisa Pfahl und Boris Traue (beide Berlin) mit der »Subjektivierung in der Bildung«. Die Re-

ferierenden konstatierten ein Spannungsverhältnis zwischen individuellen und institutionellen Anforderungen des Bildungssystems – einerseits sollen Individuen zur Autonomie befähigt werden (Subjektivierung), andererseits impliziere Bildung als Institution immer auch eine Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten (Desubjektivierung). Als »dunkle Seite der Desubjektivierung« bilde, mit Julia Kristeva gesprochen, die »Abjektivierung« den dritten Angelpunkt. Diese Spannung führe zu einer Entfremdung der Individuen von ihren Lebenszielen. Zu ihrer Überbrückung schlugen die Vortragenden den Begriff der »Assistenz« vor. Gemeint sei damit eine kommunikative Koordination von Praktiken, bei der iterativ im angenehmen Sinne des Assistenzempfängers gehandelt, bewertet und Handlungen entsprechend abgeändert werden und sich Subjekte derart im Sinne von Subjektivierung und Desubjektivierung konstituieren. Diese Assistenz finde sich lebensweit und es gebe kein Handeln ohne sie.

Ein vorherrschendes Thema in der anschließenden Diskussion war die Institutionalisierung der Autonomie. Während AssistentInnen dadurch in allen Lebensbereichen benötigt werden, sehen sie sich gleichzeitig einer Prekarisierung ihres Standes gegenübergestellt. Es wurde darüber hinaus argumentiert, dass »assistive technologies« ebenfalls als resonante und prozessuale Assistenz gelten können, da sie in ihrem »universal design« selten so gebraucht würden, wie es von der Herstellerfirma vorgesehen sei, sondern immer an die Bedürfnisse der AssistenzempfängerInnen angepasst würden. Außerdem wurde die Doppelrolle von Beziehungen als Art von und gleichzeitig Voraussetzung für Selbstbestimmung betont. Die Assistenz nehme hierbei die Position eines übergeordneten Dritten ein.

### Abschlussdiskussion

Für die Abschlussdiskussion fasste Jörg Oberthür zunächst die zentralen Erkenntnisse des Workshops zusammen. Er ging dabei auf die Ursachen und Folgen von Autonomieverlusten sowie auf die daraus resultierenden Strategien der Akteure ein. Als Ursachen für Autonomieverluste galten dabei Ökonomisierung, Differenzierung und veränderte Temporalstrukturen innerhalb von und zwischen den gesellschaftlichen Feldern. Die Verluste haben individuell-subjektive wie auch insti-

tutionelle Folgen, etwa Qualitätsverluste und Legitimitätskrisen. Die daraus resultierenden Handlungsstrategien (»muddling through« oder proaktive Strategien) hingen von den spezifischen institutionellen Strukturen sowie der Position des Subjekts innerhalb dieser Strukturen ab. Diese wiesen häufig eine defizitäre Tendenz auf.

In der anschließenden offenen Diskussion wurde zunächst erneut auf die Ursachen für Autonomieverluste eingegangen. Es wurde argumentiert, dass Differenzierung auch als Voraussetzung für Autonomie betrachtet werden könne, etwa, wenn die unterschiedlichen Rollenerwartungen der Felder (womit ein schon verabschiedet geglaubtes Konzept wiederaufgenommen wurde) durch das Individuum gegeneinander ausgespielt würden und so neuerliche Autonomie geschaffen würde. Andererseits beschränke beispielsweise die in mehreren Vorträgen adressierte Ökonomisierung vieler gesellschaftlicher Bereiche Autonomie insofern, als durch sie in allen Bereichen zunehmend die gleichen Leitwerte gälten, sodass ein »Ausspielen« unmöglich würde. Demgegenüber stellte sich auch die Frage nach dem Verhältnis von Ambiguität und Autonomie. Erstere könne ebenfalls als Voraussetzung für Autonomie betrachtet werden, eben weil die Rollenerwartungen nicht eindeutig seien.

Zudem wurde auf die negativen Seiten der zunehmenden Autonomisierung in der Gesellschaft eingegangen. Die so genannte »Generation Y« sei zum Beispiel höchst autonom und mit den an sie gestellten Entscheidungserfordernissen überfordert. Strukturen (Institutionen) reduzierten diese Komplexität und ermöglichten so Autonomie in ausgewählten, dem Individuum wichtigen Bereichen (hier sei auf Dahrendorfs Konzept der Lebenschancen hingewiesen). Autonomie bedeute in diesem Zusammenhang die Entscheidungsfreiheit darüber, von welchen Anforderungen Handlungsleitung erwünscht ist und in welchen Bereichen Handlungsautonomie vorgezogen wird. Zudem ermögliche echte Autonomie das selbstbestimmte Setzen von (Lebens-)Zielen.

In diesem Zusammenhang wurde die eingangs formulierte Frage nach der Krise aufgegriffen. Autonomisierung habe grundsätzlich eine stabilisierende Funktion, da die Institutionen und Systeme sich zurücknehmen und Entscheidungen flexibler getroffen werden können. Probleme entstünden dann, wenn wirtschaftliche,

materielle und personelle Mängel mit der Krise einhergingen.

Anschließend wurde Autonomisierung aus der Sicht von Institutionen diskutiert. Ökonomisierung bedeute beispielsweise auch die Autonomisierung von Marktgesetzen. Daher müsse Autonomisierung immer auf verschiedenen Ebenen betrachtet und ermittelt werden, an welchen Stellen Autonomieverluste und wo -gewinne zu verzeichnen seien. Denn Autonomie des einen bedeute immer auch eine Einschränkung der Möglichkeiten von anderen Individuen, Organisationen oder Institutionen (bzw. als Konkurrenz begriff: Systemen).

Darüber hinaus wurde die Erforschung von Autonomie auch methodologisch erörtert. Festzulegen sei, ob subjektiv wahrgenommene oder objektiv festgestellte Autonomie betrachtet wird. Zudem könne an den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen »individuell«, »kollektiv« oder »systembezogen« angesetzt werden (wobei zweites als nur begrenzt sinnvoll, letzteres als nur schwierig untermauer- und erhebbar eingestuft wurde). Des Weiteren sei zu klären, gegenüber welchen Ansprüchen Autonomie betrachtet wird. Die Ausführungen Anthony Giddens' zum Thema wurden als in diesem Zusammenhang hilfreich angeführt.

## Fazit und Ausblick

Die Idee des Workshops, verschiedene theoretische und empirische Felder zusammenzuführen, um ein gemeinsames Forschungsproblem zu entwickeln, erzeugte schon in den Vorbereitungen eine hohe Resonanz. Die VeranstalterInnen zeigten sich positiv überrascht, in welchem hohem Ausmaß der Klärungsbedarf in den von ihnen aufgerufenen Feldern und Begrifflichkeiten von den Beteiligten gesehen und die Klärung als gewinnbringende Aufgabe erachtet wurde.

Im Verlauf des Workshops hatten jedoch die Schaffung einer gemeinsamen Basis und die Zusammenführung der Felder zunächst Vorrang – durch den Vergleich der Forschungsprojekte und die Präsentation der einzelnen theoretischen Konzeptionen. Die Diskussion um zentrale Begriffe wie »Autonomie« erfolgte vor diesem Hintergrund nur im Ansatz. Eine Übersetzung anderer zu Hilfe genommener Begrifflichkeiten oder gar die Entwicklung eines gemeinsamen begrifflichen Konstrukts erfolgte dabei noch nicht. So

wurde etwa »gesellschaftlicher Bereich« synonym zu »gesellschaftliches Feld« oder »soziales System« verwendet. Hier zeigt sich, dass diese begriffliche Unschärfe einerseits den unterschiedlichen »Herkunftstheorien« der TeilnehmerInnen zuzuschreiben ist. Andererseits spiegelt sich darin ihr Zögern wider, sich auf ein bestimmtes theoretisches Konstrukt festzulegen.

Insgesamt wurde deutlich, dass dieses Forschungsfeld sehr umfangreich ist und ein hohes Potenzial – wie auch eine große Notwendigkeit – für weiterführende Forschung birgt. So verwundert es nicht, dass die Veranstaltung auch eher den Charakter einer Tagung denn eines Workshops hatte. Die VeranstalterInnen zeigten sich dabei sehr zufrieden über den großen Austausch zwischen den ReferentInnen und über die zahlreichen inhaltlichen Anknüpfungspunkte zwischen den Beiträgen. Auch die TeilnehmerInnen lobten das sehr konstruktive Gesprächsklima sowie die Zusammenstellung des Programms und das hohe Niveau der Beiträge. Auf diese Weise wurde ein guter Grundstein für die weiterführende Forschung gelegt.

Es herrschte Einigkeit, dass die Forschung zu Praktiken der Selbstbestimmung systematisch fortzuführen sei. Potentielle Anschlussveranstaltungen wurden angeregt, zunächst ist jedoch die Bündelung der Beiträge des Workshops in einem Sammelband zum Thema geplant.

### *Anschrift:*

Karoline Helbig  
Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Lehrstuhl für allgemeine und theoretische  
Soziologie  
Carl-Zeiß-Str. 2  
07743 Jena  
karoline.helbig@uni-jena.de